

Titel: ÖPNV in der Hansestadt Stralsund
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und CDU/FDP-Fraktion

Federführung: Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen	Datum: 22.11.2016
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen	

Beratungsfolge	Termin	
----------------	--------	--

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

1. Der Erhalt einer hohen Qualität des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) auf dem Stadtgebiet der Hansestadt Stralsund hat hohe Priorität. Eine Minderung der Qualität des ÖPNV, so wie dies etwa in der Variante „Mindestbedienung“ oder in einer Abstufung der derzeitigen Bedienungsvariante der „optimalen verkehrlichen Erschließung“ seitens des Landkreises Vorpommern-Rügen vorgesehen ist, lehnt die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund ab. Das ÖPNV-Angebot in Stralsund ist auch weiterhin mindestens auf dem derzeit angebotenen Niveau aufrecht zu erhalten.
2. Der Oberbürgermeister wird daher beauftragt, mit dem Landrat des Landkreises Vorpommern - Rügen eine Vereinbarung auszuhandeln, die auf der Grundlage des öffentlichen Dienstleistungsauftrages über Personenverkehrsdienste im Stadtverkehr Stralsund vom 18. Dezember 2014 ermöglicht, die Verkehrsbedienung im Stadtverkehr Stralsund auch weiterhin in der Variante der „optimalen verkehrlichen Erschließung“ durchzuführen. Zu diesem Zweck beteiligt sich die Hansestadt Stralsund ab 2017 mit einer Summe von bis zu 100.000,-- Euro jährlich an der Finanzierung des in der Evaluierung des Landkreises benannten prognostizierten Differenzbetrages zum Ausgleich der Kosten, die entstehen, wenn an der optimalen verkehrlichen Erschließung im Stadtverkehr der Hansestadt Stralsund festgehalten wird.
3. Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund stellt fest, dass die Defizite im öffentlichen Personennahverkehr auch dadurch entstehen, dass das Land Mecklenburg-Vorpommern sich zunehmend aus der Finanzierung des ÖPNV zurückzieht. Dies gilt insbesondere für die Reduzierung der Zuwendungen im Bereich Schülerbeförderung und bei der Neubeschaffung von Bussen. Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund fordert die Landesregierung und den Landtag daher auf, dies spätestens mit den Entscheidungen zum Landeshaushalt 2018/2019 zu korrigieren und wieder für eine deutlich bessere Finanzierung des ÖPNV durch das Land Mecklenburg-Vorpommern Sorge zu tragen.

Um dies zu untermauern, wird der Oberbürgermeister damit beauftragt, gemeinsam mit den Oberbürgermeistern der Städte Neubrandenburg und Greifswald, mit den Landräten der Landkreise Vorpommern-Rügen, Vorpommern-Greifswald und Mecklenburgische Seenplatte und mit den Kommunalen Spitzenverbänden Gespräch zu führen, um mit geeigneten Maßnahmen gegenüber der Landesregierung deutlich zu machen, dass eine deutlich umfassendere Beteiligung des Landes an den Kosten des ÖPNV unabdingbar erforderlich ist.

4. Der Oberbürgermeister berichtet der Bürgerschaft regelmäßig zur Umsetzung der o.g. Beschlüsse.

Begründung:

Der Landkreis Vorpommern-Rügen erwägt das Angebot des öffentlichen Personennahverkehrs in Stralsund zu reduzieren. Grundlage ist der öffentliche Dienstleistungsauftrag über Personenverkehrsdienste im Stadtverkehr Stralsund vom 18. Dezember 2014, in dem eine Evaluierung und ggf. eine Reduzierung des Angebots auf eine Mindestbedienung oder eine Abstufung der sog. optimalen verkehrlichen Erschließung vorgesehen ist.

Wichtiges Ziel der Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund sollte ein Erhalt des ÖPNV mindestens auf dem derzeitigen qualitativen Niveau sein. Es ist nicht vermittelbar, dass für die Nutzung des ÖPNV inzwischen deutliche höhere Fahrpreise erhoben werden, während das Angebot qualitativ schlechter wird. Deshalb ist mit dem Landkreis als verantwortlicher kommunaler Ebene auszuloten, wie ein Erhalt der sog. „optimalen verkehrlichen Erschließung“ im ÖPNV für Stralsund gewährleistet werden kann. Entsprechende vorbereitende Gespräche des Oberbürgermeisters mit dem Landrat haben bereits stattgefunden.

Gleichzeitig ist es wichtig deutlich zu machen, dass der Rückzug des Landes aus der Finanzierung des ÖPNV nicht akzeptiert wird. Gemeinsam mit den großen kreisangehörigen Städten Neubrandenburg und Greifswald, mit den Landkreisen Vorpommern-Greifswald und Mecklenburgische Seenplatte und mit den kommunalen Spitzenverbänden soll daher gegenüber der Landesregierung und dem Landtag deutlich gemacht werden, dass ein deutlich umfassenderes finanzielles Engagement des Landes unabdingbar erforderlich ist, um ein qualitativ hochwertiges ÖPNV-Angebot zu erhalten.

Finanzielle Auswirkungen:

Deckungsquelle: Sonderbedarfzuweisungen.

Jürgen Suhr
Fraktionsvorsitzender
Bündnis 90/Die Grünen

Dr. Roland Zabel
Fraktionsvorsitzender
CDU/FDP